# GUT BERATEN PER REFERENDUM

In den Niederlanden will eine Initiative erreichen, dass die Bürger/innen über CETA und TTIP abstimmen können. Die Chancen stehen gut.

TEXT **SARAY INDENKLEEF** GRAFIK **LIANE HAUG**

Mehr Fahrräder als Einwohner/innen, eine (scheinbar) liberale Drogenpolitik und nur verlorene Weltmeisterschaften. Seit dem 1. Juli 2015 ergänzt eine wichtige Errungenschaft diese Liste niederländischer Merkmale: die Möglichkeit, über beschlossene Gesetze eine Volksbefragung zu erwirken. „Wet Raadgevend Referendum" heißt das neue Gesetz (siehe **md**magazin Nr. 101), mit dessen Hilfe die Niederländer/innen auch über TTIP und CETA abstimmen könnten. „Wenn Bürger/innen mit einem angenommenen Gesetz oder Vertrag nicht einverstanden sind, dann können sie die Regierung auffordern, das Gesetz oder den Vertrag in einem Referendum der niederländischen Bevölkerung vorzulegen", umreißt die Regierung dieses Gesetz. Das „beratende Referendum" ist offiziell nicht bindend, sondern zwingt das Parlament lediglich, sich erneut mit der Sache zu befassen. Jedoch wird kaum ein/e Politiker/in die Stimme des Volkes ignorieren, aus Angst vor einem Vertrauens- und Ansehensverlust. So lautet die Hoffnung, die sich mit dem neuen Instrument verbindet.

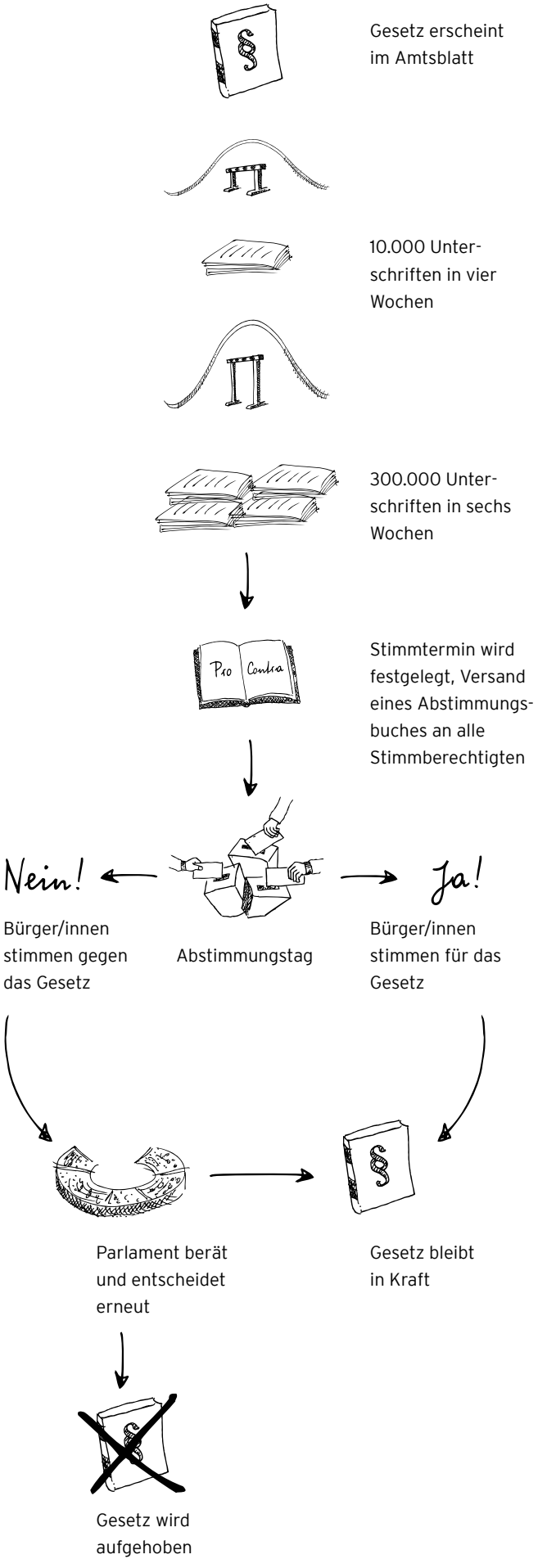
Die Chancen für eine Volksbefragung über CETA und TTIP stehen gut. Innerhalb einer Woche beteiligten sich mehr als 35.000 Menschen an einer Online-Unterschriftensammlung für ein TTIP-Referendum (www.ttip-referendum.nl), die Meer Democratie, die niederländische Schwesterorganisation von Mehr Demokratie, mit organisiert. Deren Vorstandssprecher Arjen Nijeboer leitet die Kampagne, die den Druck auf die Politik erhöhen soll, CETA und TTIP abzulehnen. Gleichzeitig dient sie dazu, das Referendum vorzubereiten und Kontakte dafür zu sammeln.

### Warten auf die Ratifizierung

Ein Referendum über CETA oder TTIP kann erst stattfinden, wenn das entsprechende Ratifizierungsgesetz von der ersten und zweiten Parlamentskammer angenommen wurde und der „Staatscourant", das niederländische Amtsblatt, es veröffentlicht hat. Innerhalb von vier Wochen können dann 10.000 Bürger/innen ein Referendum beantragen. Die nächste Stufe wäre eine Sammlung von mindestens 300.000 Unterschriften in sechs Wochen. Wenn das geschafft wird, überprüft der Wahlrat die Gültigkeit und setzt einen Abstimmungstermin innerhalb von vier bis sechs Monaten an. Organisiert wird das Referendum von der Referendumskommission, die die Fragestellung formuliert und die Stimmberechtigten benachrichtigt. 30 Prozent der Wahlberechtigten müssen teilnehmen, damit das Ergebnis gilt.

Meer Democratie schätzt, dass es 2017 ein Referendum über CETA geben könnte. Wann TTIP drankäme, ist unklar, weil dieser Vertrag noch auf dem Verhandlungstisch liegt. Jedoch würde die Meinung der Bürger/innen über CETA auch eine

**ABLAUF EINES „BERATENDEN REFERENDUMS“ IN DEN NIEDERLANDEN**




starke Botschaft zu TTIP enthalten. Meer Democratie geht davon aus, dass ein solches Referendum zulässig wäre. Weil sich so viele Menschen schon an dem Probelauf über die Online-Plattform beteiligen, hält die Initiative zudem ein ‚Nein‘ in einem Referendum gegen CETA oder TTIP für wahrscheinlich. Seit der Demonstration in Berlin am 10. Oktober intensiviert sich die öffentliche Debatte auch in den Niederlanden. Deshalb wird erwartet, dass eine Abstimmung gegen CETA die Politik nicht kalt lassen kann. Die Regierung wird die Verträge vermutlich nicht völlig ablehnen, aber sie müsste Änderungen fordern.

**Erstes Exempel: Das Abkommen mit der Ukraine**

Obwohl das „beratende Referendum“ noch jung ist, feiert es schon einen Erfolg. Am 6. April 2016 werden die Niederländer/innen zum EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine an die Urnen gerufen: „Sind Sie für oder gegen das Gesetz zur Annahme des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine?“, lautet die angesetzte Frage. Dieses Referendum kommt Ministerpräsident Mark Rutte ungelegen. Laut Umfragen lehnen 66 Prozent der Anhänger/innen seiner rechtsliberalen Partei das Abkommen ab. Außerdem übernehmen die Niederlande Anfang 2016 den EU-Vorsitz. Sagen die niederländischen Bürger/innen ‚Nein‘, hat Rutte viel zu erklären in Brüssel. In einer Pressekonferenz hat er bereits angekündigt, dass er das Abkommen unabhängig vom Ausgang des Referendums noch einmal prüfen wolle, schon aufgrund der gesellschaftlichen Debatte. Seit dem Absturz des Flugzeugs MH17, in dem 194 Niederländer/innen zu Tode kamen, ist die öffentliche Stimmung nicht wirklich Ukraine-freundlich. Die Initiative GeenPeil („Kein Niveau“) hat nach eigenen Angaben 427.939 gültige Unterschriften für das Referendum gesammelt. Eigentlich darf nur auf Papier unterschrieben werden, aber eine App macht es doch möglich: Wie bei der Paketannahme unterschreibt man auf einem Bildschirm; die Unterschriften werden später ausgedruckt.

Welche Frage die Niederländer/innen in Bezug auf CETA oder TTIP vorgelegt bekommen, wird die Referendumskommission entscheiden, wenn die vorhergehenden Stufen geschafft sind. Schon jetzt ist die Plattform TTIP-Referendum eine Bedrohung für die Befürworter/innen der Handelsverträge. Das beratende Referendum gibt den Bürger/innen die ernsthafte Möglichkeit, sich zu äußern, und damit die Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen. Sicherlich wird die EU sich darum bemühen, ein Referendum zu vereiteln, um zu verhindern, dass CETA und TTIP das gleiche Schicksal widerfährt wie 2007 dem EU-Verfassungsvertrag. Er scheiterte im letzten Moment, dank eines Referendums in den Niederlanden. /

**Saray Indenkleef**
Bachelor of Arts in European Studies, Mitarbeit im Berliner Büro von Mehr Demokratie.